

VOLLVERSAMMLUNG DES LANDESJUGENDKONVENTS DER EVANG JUGEND in BAYERN  
10. BIS 13. MAI 2018

## Beschluss

Die Vollversammlung des Landesjugendkonvents beschließt:

Die Vollversammlung des Landesjugendkonventes der Evangelischen Jugend in Bayern betrachtet mit Besorgnis die geplanten Änderungen des Polizeiaufgabengesetzes. Bereits im vergangenen Jahr hat sich die Evangelische Jugend zu dem am 01.08.2017 in Kraft getretenen sogenannten Gefährdengesetz geäußert. Schon damals kritisierten wir die erschreckend weitreichenden Einschränkungen der Grundrechte und den zum Missbrauch einladenden Spielraum. Die geplanten Veränderungen des Polizeiaufgabengesetzes bewegen sich erneut in dieselbe Richtung.

Die innere Sicherheit Bayerns ist ein schützenswertes Gut und die Ängste von Bürger\_innen müssen wahrgenommen werden. Es ist allerdings inakzeptabel, dass dies in besonders hohem Maße auf Kosten der persönlichen Freiheits- und Grundrechte passiert. Die geplante Gesetzesänderung erzeugt ein Klima der Unsicherheit und des Misstrauens. Als junge Generation möchten wir in einer Welt leben, in der unsere Regierung neue und effektive Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen findet, jedoch nicht um den Preis unserer Grundrechte.

Als junge Generation betreffen uns die Veränderungen in besonderer Weise. Junge Menschen brauchen die Möglichkeit, sich eigenständig eine politische Meinung zu bilden. Die geplanten Überwachungsmöglichkeiten behindern die politische Mitbestimmung. Da die Zukunft junger Menschen noch ungewiss ist, werden gerade sie aus Angst vor Stigmatisierung und einer daraus folgenden Einschränkung ihrer Zukunftschancen vor öffentlichen Meinungsäußerungen zurückschrecken. Da eine Demokratie von freien Meinungsbildungsprozessen lebt, kann das nicht Ziel der bayerischen Politik, insbesondere der Regierung sein.

Es darf keine Befugnisse geben, welche die Persönlichkeitsrechte eines Menschen ohne Ausübung einer Straftat derart beschneiden. Als junge Christ\_innen möchten wir in einer Welt leben, in der die Nächstenliebe die Maxime gesellschaftlichen Handelns ist. Jeder Mensch, als Ebenbild Gottes, verdient Schutz vor unbegründeter Verdächtigung und Stigmatisierung.

Adressaten

Bayerische Staatsregierung, Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration, Mitglieder des bayerischen Landtages